

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Wirtschaftsausschuss

18. WP - 22. Sitzung

(öffentlicher Teil)

am Mittwoch, dem 30. Oktober 2013, 10 Uhr
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Christopher Vogt (FDP)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Serpil Midyatli (SPD)

Olaf Schulze (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

Vorsitzender

i. V. von Volker Dornquast

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein	6
Drucksache 18/555	
(überwiesen am 31. Mai 2013 an den Innen- und Rechtsausschuss sowie alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)	
hierzu: Umdrucke 18/1367, 18/1469	
2. Bericht der Landesregierung über Planungsstand und Zeitplan der Reaktivierung von Bahnstrecken, namentlich der Strecken Rendsburg-Fockbek, Wrist-Kellinghusen, Flensburger Hafenbahn, Kiel-Schönberg	8
Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)	
Umdruck 18/1813	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen (Spielhallengesetz - SpielhG)	11
Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 18/918	
(überwiesen am 18. Juni 2013 an den Wirtschaftsausschuss , den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss)	
hierzu: Umdrucke 18/1513 (neu), 18/1728	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein	11
Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und CDU	
Drucksache 18/1125	
(überwiesen am 25. September 2013 an den Innen- und Rechtsausschuss , den Wirtschaftsausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss)	

-
- 5. Notwendigen Ausbau der A 7 optimal vorbereiten** **12**
- Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/823](#)
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 18/877](#) - selbstständig -
(überwiesen am 31. Mai 2013)
- hierzu: [Umdruck 18/1763](#)
- 6. Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben** **14**
- Antrag der Fraktion der PIRATEN
[Drucksache 18/825](#)
- (überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)
- hierzu: [Umdrucke 18/1373, 18/1471, 18/1475, 18/1560, 18/1634, 18/1637, 18/1639, 18/1641, 18/1642, 18/1643, 18/1646, 18/1649](#)
- 7. Regionale Kompetenz erhalten und nutzen!** **15**
- Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/849](#)
- (überwiesen am 29. Mai 2013 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europaausschuss)
- 8. a) Ausbau der AKN zur S 21 aus Regionalisierungsmitteln finanzieren** **12**
- Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/734](#)
- (überwiesen am 25. April 2013)
- b) Taktverdichtung und Taktverbesserung bei der AKN ab 2014 wegen Ausbau der A 7**
- Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/1062](#)
- (überwiesen am 27. September 2013)

- 9. Weiterbau der A 20 mit westlicher Elbquerung** **16**
- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU
[Drucksache 18/1111](#) (neu)
(überwiesen am 27. September 2013)
- 10. Zukunft der Windmesse in Husum** **20**
- Antrag der Fraktion der CDU
[Drucksache 18/1129](#)
(überwiesen am 27. September 2013)
- 11. Umsetzung und Zwischenbilanz des Bildungs- und Teilhabepakets im Zweiten Sozialgesetzbuch** **21**
- Bericht der Landesregierung
[Drucksache 18/697](#)
(überwiesen am 21. Juni 2013 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)
- 12. Verschiedenes** **22**

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Tätigkeitsbericht 2013 des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein

[Drucksache 18/555](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss** sowie alle weiteren Ausschüsse zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 18/1367](#), [18/1469](#)

Der Landesdatenschutzbeauftragte, Herr Dr. Weichert, führt in den Bericht ein. Bezüge zu Wirtschaftsthemen gebe es an mehreren Stellen im Tätigkeitsbericht. Er weist unter anderem auf die bestehende Kontroll- und Vollzugslücke bei sozialen Medien hin. Problematisch sei, dass dadurch das Grundrecht auf Datenschutz ins Leere laufe und es keine Möglichkeit gebe, den Datenschutz effektiv umzusetzen. Aus diesem Grund werde das ULD auch gegen das vom Oberverwaltungsgericht ergangene Urteil dazu in Berufung gehen. Schwierig in diesem Zusammenhang sei auch die Definition des Sitzes eines Anbieters sozialer Medien. Zurzeit gehe man zum Beispiel davon aus, dass der Sitz von Facebook in Dublin sei, obwohl es auch eine deutsche Niederlassung gebe.

Des Weiteren spricht Herr Dr. Weichert die Themen Cloud Computing und Europäische Datenschutzgrundverordnung an. Auf europäischer Ebene sei es wichtig, einen hohen Standard des Datenschutzes zu etablieren. Wichtig sei zudem, dass die Grundverordnung bis April nächsten Jahres beschlossen sei, um sie vor dem Ende der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments unter Dach und Fach zu bringen. Als problematisch stelle sich aus seiner Sicht dar, dass die Bundesregierung zurzeit mit dem Argument, einen höheren Datenschutzstandard verteidigen zu wollen, die Diskussion behindere. Bedauerlich wäre, wenn es nicht gelingen sollte, bis zum Ende der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments die Grundverordnung zu verabschieden.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer betont Herr Dr. Weichert die Wichtigkeit der sicheren Kommunikation mit Behörden. Die Möglichkeit des Zugriffs von außen müsse unbedingt

vermieden werden. Die meiste Kommunikation mit Behörden finde ohnehin auf dem Postwege statt und sei so vor elektronischem Zugriff sicher. Bei elektronischer Kommunikation sei es teilweise möglich, PGP-Schlüssel zu verwenden. Wenn ein Zwang zu elektronischer Kommunikation bestehe, müsse vonseiten der Behörden ein sicherer Zugang beziehungsweise eine sichere Datenübertragung gewährleistet sein. Auf diesem Gebiet befinde man sich im Kontakt mit der Staatskanzlei und den Ministerien.

Im Hinblick auf das von Abg. Dr. Breyer angesprochene Cloud Computing legt Herr Dr. Weichert dar, dass er darin keine unmittelbare Gefahr sehe, da in diesem Bereich viel Auftragsdatenbearbeitung stattfinde. Der Dienstleister in Norddeutschland, Dataport, sei sich zudem der Problematik bewusst. Bei der Nutzung von Office 365, das sich in anderen Ländern auch in Verwaltungen einer gewissen Beliebtheit erfreue, würden die Daten tatsächlich in den USA gerechnet, was er als problematisch ansehe.

Im Zusammenhang mit Facebook erläutert Herr Dr. Weichert, dass die Politik auf Landesebene wenig Einflussmöglichkeiten habe. Begrüßenswert wäre aus seiner Sicht, wenn der Ministerpräsident und die Ministerien ihre Fanpages abschalteten.

Im Hinblick auf die ebenfalls von Abg. Dr. Breyer angesprochene Videoüberwachung unterstreicht Herr Dr. Weichert, dass ihm nicht bekannt sei, dass diese ausgebaut werden solle. Darüber hinaus unterliege diese der Kontrolle der Bundesbeauftragten für den Datenschutz.

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Bericht der Landesregierung über Planungsstand und Zeitplan der Reaktivierung von Bahnstrecken, namentlich der Strecken Rendsburg-Fockbek, Wrist-Kellinghusen, Flensburger Hafenbahn, Kiel-Schönberg

Antrag des Abg. Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)
[Umdruck 18/1813](#)

Herr Dr. Nägele, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, führt in die Thematik ein. Zur Strecke Rendsburg-Fockbek führt er aus, dass diese Teil eines Projekts sei, das mit dem Halbstunden-Takt zwischen Kiel und Rendsburg fest verbunden sei. Es ergebe sich die Möglichkeit, den Zug das Stück nach Fockbek weiter fahren zu lassen. Allerdings sei dafür das Einverständnis der Anwohner an der Strecke erforderlich. Aus der Rendsburger Kommunalpolitik habe man Zustimmung erhalten, aus der Fockbeker jedoch nicht. Man werde das Projekt allerdings nur dann weiterführen, wenn auch die Gemeinde Fockbek damit einverstanden sei. Im Landesnahverkehrsplan befinde sich dieses Projekt als mögliches Projekt, weil es eben von der Zustimmung der Kommunalpolitik abhängt. Alle Projekte stünden jedoch zudem unter dem Vorbehalt der Finanzierung aus Regionalisierungsmitteln, deren Verteilung allerdings abhängig von den Entscheidungen der kommenden Bundesregierung sei. Das am weitesten gediehene Projekt sei die Strecke nach Schönberg beziehungsweise zum Schönberger Strand.

Zur Strecke Wrist-Kellinghusen legt Staatssekretär Dr. Nägele dar, dass diese einstimmig von der örtlichen Gemeindevertretung befürwortet werde. Mit diesem Projekt verbunden sei die Ertüchtigung der Brücke über die Stör, die mit Kosten von vermutlich 7 Millionen € zu Buche schlagen werde. Die Notwendigkeit für einen zusätzlichen Zug bestehe nicht, dennoch müsse dieser Verkehr auch bestellt werden, wodurch ebenfalls zusätzliche Kosten entstünden. Das Projekt sei bereits im Sommer letzten Jahres positiv in der Region aufgenommen worden, die Landesregierung sehe sich in diesem Zusammenhang auch an politische Zusagen früherer Landesregierungen gebunden.

Zur Flensburger Hafenbahn erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, dass diese verkehrspolitisch sinnvoll sei, in der Kommunalpolitik derzeit aber keine Unterstützung finde. Aus diesem Grund werde dieses Projekt als Option beibehalten, aber nicht aktiv weiter betrieben. Das Projekt Kiel-Schönberg - so führt Staatssekretär Dr. Nägele weiter aus - sei am weitesten gediehen, ein minimales Teilstück sei bereits in Betrieb genommen worden, das den Schulbezirk

am Ostufer versorge. Die Ausschreibung eines größeren Teiles befinde sich in der Vorbereitung. Man bemühe sich gleichzeitig um eine breite Beteiligung der Akteure vor Ort. In der Bevölkerung gebe es erheblichen Gesprächsbedarf, unter anderem bestünden Befürchtungen, dass durch ein besseres Bahnangebot der bestehende Busverkehr ausgedünnt werde. Ziel sei, dieses Projekt am Ende des kommenden Jahres abzuschließen, zeitliche Versprechungen könnten aber nicht gemacht werden.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zu dem Verkauf eines für die Strecke Rendsburg-Fockbek wichtigen Grundstücks an den Betreiber erklärt Staatssekretär Dr. Nägele, dass er darüber nicht informiert sei. Die Landesregierung agiere nicht als Immobilienhändler. Für die Strecke Wrist-Kellinghusen unterstreicht Staatssekretär Dr. Nägele, dass ein Finanzvorbehalt keine Zusage darstelle. Das Geld könne nur dann ausgegeben werden, wenn es sicher für die entsprechende Zeitspanne zur Verfügung stehe.

Bei der Flensburger Hafenbahn - so führt Staatssekretär Dr. Nägele auf Frage des Abg. Dr. Breyer aus - gebe es einen Infrastruktursicherungsvertrag, den die Landesregierung aufrechterhalten werde. Das Land selbst könne nur auf die Infrastrukturflächen zugreifen. Sollte es zum Beispiel für das Betreiben von Bahnhöfen wichtige Grundstücke geben, die von anderer Seite veräußert würden, sei dies Teil der vorweggenommenen kommunalen Entscheidung, die die Landesregierung nicht kommentieren werde.

Auf eine weitere Frage des Abg. Dr. Breyer zu der kommunalen Beteiligung bei der Strecke nach Schönberg hebt Staatssekretär Dr. Nägele hervor, dass es lokal immer Gegner gebe. Am 6. November 2013 werde man die Strecke abfahren, um die vor Ort bestehenden Bedenken zu zerstreuen. Wichtig für das Land sei die wesentliche Motivation bei der Reaktivierung der Strecke, dass der Schönberger Strand davon profitieren werde. Man habe Zuversicht, mit dem regionalen Busanbieter eine gute Lösung zu finden.

Von Abg. Dr. Breyer auf eine dem Bundesverkehrswegeplan ähnliche Priorisierung angesprochen führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass es eine vergleichbare Hierarchisierung nicht gebe. Das sei auch unter Kosten-Nutzen-Erwägungen nicht geboten. Er unterstreicht, dass die Planungen zu der Strecke Kiel-Schönberg bereits von der alten Landesregierung vorgenommen worden seien und man dies nicht generell infrage stellen wolle. Bei einem Gespräch mit dem damals amtierenden Fockbeker Bürgermeister habe Staatssekretär Dr. Nägele festgestellt, dass keine große Bereitschaft vonseiten der Kommune bestehe, das Projekt zu unterstützen. Das habe auch die Bereitschaft der Landesregierung nicht befördert.

Abg. Arp interessiert die Haltung der Landesregierung zu den an der Trasse gelegenen und teilweise schon bebauten Grundstücken nach Fockbek, die aus seiner Sicht auch zu den Bedenken auf kommunaler Ebene geführt hätten. - Staatssekretär Dr. Nägele führt dazu aus, dass das Projekt aufgrund der Grundstücksproblematik derzeit nur bis Fockbek-Seemühlen ausgewiesen sei.

Präzisierend stellt Staatssekretär Dr. Nägele auf eine Frage des Abg. Arp zu den Kosten klar, dass es sich bei den von ihm benannten 7 Millionen € um die Kosten für die Maßnahme insgesamt handle, wobei ein Großteil dieser Kosten auf die Störbrücke entfalle. In diesem Bereich müsse auch der Hochwasserschutz gewährleistet sein. Bei der Strecke Kiel-Schönberg kämen Kosten auf die Kommune zu, wenn diese Strecke reaktiviert würde. Die Maßnahme sei aber auch durch GVFG-Mittel förderfähig. Die Kommunen würden mit Park-and-ride-Plätzen nicht alleingelassen. Tatsache sei, dass es kleinere Ortsteile gebe, deren Anbindung tendenziell schlechter werde. Eine zurückhaltende Bewertung des Plöner Kreistags sei insofern verständlich, als die Bahnstrecke in Konkurrenz zum Angebot der VKP trete.

Abg. Dr. Breyer interessiert, inwiefern ein positiver Volksentscheid die Entscheidung beziehungsweise Bewertung der kommunalen Interessen durch die Landesregierung beeinflusse. - Staatssekretär Dr. Nägele hebt hervor, dass die Landesregierung davon ausgehe, dass das kommunale Parlament auch wegen seiner Ansichten bezüglich vergleichbarer Projekte gewählt worden sei. Wenn das kommunale Parlament nicht einverstanden sei, sehe die Landesregierung keine Handlungsmöglichkeiten.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 3 und 4:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung und zum Betrieb von Spielhallen (Spielhallengesetz - SpielhG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/918](#)

(überwiesen am 18. Juni 2013 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/1513](#) (neu), 18/1728

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Spielbankgesetzes des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/1125](#)

(überwiesen am 25. September 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss, den Sozialausschuss und den Finanzausschuss)

Der Vorsitzende regt im Namen seiner Fraktion an, zu den beiden Gesetzentwürfen eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Der Ausschuss kommt überein, eine gemeinsame Anhörung zu beiden Gesetzentwürfen durchzuführen und als Frist zur Abgabe der Stellungnahmen Mitte Dezember 2013 festzulegen.

Gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 5 und 8:

Notwendigen Ausbau der A 7 optimal vorbereiten

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/823](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/877](#) - selbstständig -

(überwiesen am 31. Mai 2013)

hierzu: [Umdruck 18/1763](#)

a) Ausbau der AKN zur S 21 aus Regionalisierungsmitteln finanzieren

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/734](#)

(überwiesen am 25. April 2013)

**b) Taktverdichtung und Taktverbesserung bei der AKN ab 2014 wegen
Ausbau der A 7**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1062](#)

(überwiesen am 27. September 2013)

Von Abg. Dr. Breyer auf die Notwendigkeit der Taktverdichtung angesprochen führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass die Landesregierung zurzeit damit beschäftigt sei, das diesbezüglich ergangene Angebot der AKN auf Taktverdichtung zu prüfen. Man warte noch auf eine Rückmeldung. Er regt an, das Thema zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Vogel unterstützt den Vorschlag, die Beratungen zu diesem Antrag zunächst zu verschieben.

Von Abg. Arp auf die Reaktivierung der Strecke Wrist-Kellinghusen und eine mögliche Entlastungswirkung auf die A 7 und die A 23 angesprochen erläutert Staatssekretär Dr. Nägele,

dass dem Bieter freigestellt sei, in welcher Reihenfolge er die Bauabschnitte der Reaktivierung angehe. Ein Zuschlag für einen Bieter sei für 2014 geplant.

Abg. Dr. Tietze spricht sich dafür aus, die Frage von Taktverdichtung nicht getrennt von der Finanzierung der AKN zu diskutieren und dabei auch das Thema des Ausbaus der A 7 weiter im Blick zu behalten.

Abg. Dr. Breyer interessiert im Hinblick auf den Antrag der Fraktion der CDU betreffend Notwendigen Ausbau der A 7 optimal vorbereiten, ob es konkrete Planungen gebe und wie diese aussähen, insbesondere im Hinblick auf die Einrichtung einer App für Mobiltelefonnutzer.

Staatssekretär Dr. Nägele legt dar, dass man über eine App hinausgehen und via Internet zeitgenau möglichst früh über Baustellen informieren wolle. Ein mögliches Problem stelle in diesem Zusammenhang dar, dass man auf die Informationen angewiesen sei, die derjenige weitergeben müsse, der den Zuschlag erhalte. Man wolle aber durch die Bereitstellung sogenannter Ombudsleute den Informationsfluss sicherstellen. Geplant sei, ein Tool zur Verfügung zu stellen, das sowohl für Mobiltelefone als auch für die Einbindung auf Web-Seiten geeignet sei und Informationen zeitnah zur Verfügung stelle.

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/823](#), den zugehörigen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, [Drucksache 18/877](#), sowie die Anträge im Zusammenhang mit der AKN, [Drucksachen 18/734](#) und 18/1062, erneut auf die Tagesordnung zu nehmen, sobald die Ergebnisse der Prüfung des AKN-Angebots vorlägen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Charta für Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/825](#)

(überwiesen am 31. Mai 2013 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/1373, 18/1471, 18/1475, 18/1560, 18/1634, 18/1637, 18/1639, 18/1641, 18/1642, 18/1643, 18/1646, 18/1649](#)

Abg. Dr. Breyer weist auf die durchgeführte Anhörung und die seiner Ansicht nach bestehende enge Verbindung zur Novellierung des Landesplanungsgesetzes hin. Er regt an, den Innen- und Rechtsausschuss zu bitten, den Themenkomplex Bürgerbeteiligung bei der Planung von Infrastrukturvorhaben bei der anstehenden mündlichen Anhörung ebenfalls zu thematisieren.

Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuss überein, so zu verfahren.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Regionale Kompetenz erhalten und nutzen!

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/849](#)

(überwiesen am 29. Mai 2013 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europa-
ausschuss)

Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass man die Verwaltungsverfahren rund um die Ver-
gabe von EU-Fördermitteln verändere, nach wie vor aber regionale Kompetenz einbeziehen
werde.

In Übereinstimmung mit dem mitberatenden Europaausschuss empfiehlt der federführende
Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und PIRATEN
gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, die aus [Umdruck 18/1845](#) ersichtliche
Beschlussempfehlung zum Antrag der Fraktion der CDU betreffend Regionale Kompetenz
erhalten und nutzen, [Drucksache 18/849](#), zu übernehmen und ihr zuzustimmen. Den Antrag
der Fraktion der CDU empfiehlt der Wirtschaftsausschuss ebenfalls in Übereinstimmung mit
dem mitberatenden Europaausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen
und der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP zur Ablehnung.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Weiterbau der A 20 mit westlicher Elbquerung

Antrag der Fraktionen von FDP und CDU

[Drucksache 18/1111](#) (neu)

(überwiesen am 27. September 2013)

Abg. Vogel bittet, die Kurzfristigkeit der Vorlage des Änderungsantrags, [Umdruck 18/1900](#), zu entschuldigen und verweist auf die Formulierung des Koalitionsvertrages bezüglich des Weiterbaus der A 20 über die A 7 hinaus, der in dieser Legislaturperiode aus Sicht der Koalitionsfraktionen nicht realistisch angestrebt werden könne.

Abg. Arp weist darauf hin, dass bisher kein Antrag auf Mittel gestellt worden sei und man aus diesem Grunde aus seiner Sicht nicht davon ausgehen könne, dass keine Bundesmittel zur Verfügung gestellt würden. Bei einem Hinweis auf ökologische und finanzielle Auswirkungen erwarte er, dass diese auch bei anderen von der Koalition verfolgten Projekten entsprechend berücksichtigt würden. Wichtig sei aus seiner Sicht zudem, den Bereich der Planfeststellung personell aufzustocken beziehungsweise vorhandene Planstellen zu besetzen, um die Voraussetzungen für Bauanträge zu schaffen.

Abg. Dr. Tietze thematisiert den vorhandenen Investitionsstau in der Bundesrepublik generell und plädiert dafür, sich auf die dringendsten Probleme Schleswig-Holsteins zu konzentrieren.

Abg. Schulze hebt hervor, dass ein Teil der Forderungen im Antrag der CDU-Fraktion im Hinblick auf Personalentscheidungen aus seiner Sicht bereits in den vergangenen Legislaturperioden hätten umgesetzt werden können.

Zu der von Abg. Schulze angesprochenen Planung der möglichen Fortführung der A 7 jenseits der Elbquerung betont der Vorsitzende für seine Fraktion, dass die Planungen auf niedersächsischer Seite noch nicht abgeschlossen seien. Dort seien aber Planungsmittel unter der jetzigen Regierung gekürzt worden. Er weist zudem im Zusammenhang mit der von Abg. Dr. Tietze erwähnten Rader Hochbrücke darauf hin, dass bisher noch nicht entschieden sei, ob es ein Ersatzbauwerk geben solle.

Auf die Anmerkung des Vorsitzenden im Hinblick auf die Planungen auf niedersächsischer Seite führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass diese weitergeführt würden. Seiner Kenntnis

nach würden jedoch keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt. Derzeit fehlten die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Weiterführung des Projekts A 20 ab Stade, da Niedersachsen dieses im Bundesverkehrswegeplan nur als weiteren Bedarf angemeldet habe.

Staatssekretär Dr. Nägele unterstreicht, dass es eines neuen Querungsbauwerks für den Nord-Ostsee-Kanal bedürfe. Die derzeitige Brücke taue aufgrund der dort geltenden Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht dafür, den Schienenverkehr in Schleswig-Holstein entsprechend zu beschleunigen. Eine Verknüpfung eines neuen Querungsbauwerks für die Schiene mit der A 7 sei planerisch dann sinnvoll, wenn die Abgängigkeit der bestehenden Hochbrücke bestätigt sei.

Staatssekretär Dr. Nägele legt dar, dass das Thema A 20 den Landtag noch längere Zeit begleiten werde. Im Investitionsrahmenplan seien 80 Millionen € für dieses Projekt des Bundes bis 2015 vorgesehen, jedoch nicht durch Haushaltsvermerke abgedeckt, insofern sei dieses Projekt nicht finanziert. Das erste Ziel der Landesregierung bestehe darin, den Abschnitt IV zu finanzieren, zumal die 80 Millionen € nicht die Kosten für den gesamten Abschnitt VII abdecken, dessen Kosten mit 170 Millionen € taxiert würden. Für den Abschnitt IV veranschlage man zurzeit 130 Millionen €, also auch deutlich mehr als die im Investitionsrahmenplan vorgesehenen 80 Millionen €. Wenn es gelingen sollte, dieses Geld noch innerhalb dieser Legislaturperiode zu akquirieren, sei das ein großer Erfolg für das Land Schleswig-Holstein. Er plädiert für eine fraktionsübergreifende Unterstützung für schleswig-holsteinische Projekte auch in Berlin. Es sei geplant, die Planfeststellung für die A 20 im Jahr 2014 abzuschließen. Wichtig sei aber vor allem, die Mittel für den Bau zur Verfügung zu haben. Er unterstreicht, dass für die vom Bund zur Verfügung gestellte 1 Milliarde € und den schleswig-holsteinischen Anteil daran mehr Projekte angemeldet als bewilligt worden seien, sodass man, sollte der Bund mehr Geld zur Verfügung stellen, sofort mit dem Bau beginnen könne. Da der Bund in der Priorität von Neubau auf Erhaltung umgestellt habe, stehe man insbesondere bei Neubauprojekten jetzt vor Problemen. Dies zeige sich zum Beispiel bei dem dringend nötigen Ausbau der B 207 auf Fehmarn, um dem möglichen Baustellenverkehr eine vernünftige Straße anbieten zu können. Im Hinblick auf die von Abg. Arp angesprochene Personalsituation weist Staatssekretär Dr. Nägele darauf hin, dass es zurzeit im Bereich der Planfeststellung neun unbesetzte Stellen gebe. Die Landesregierung habe jedoch große Probleme, geeignete Bewerber für diese Stellen zu finden.

Auf eine Frage des Abg. Hamerich zu einer möglichen eigenen Abfahrt für Möbel-Kraft stellt Staatssekretär Dr. Nägele klar, es gehe nicht um eine eigene Abfahrt, sondern um die Organisation des Anschlusses, bei der man sich auf einem guten Weg befinde. Im Hinblick auf die Gerichtsentscheidung zu den Fledermäusen sei man gut vorbereitet gewesen und über den

jüngsten Fortgang der Ereignisse überrascht. Man sei zuversichtlich, das Projekt nach Abschluss des Gerichtsverfahrens im November weiterführen zu können.

Abg. Arp unterstreicht die Unterstützung der CDU für Infrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein. Er spricht sich dafür aus, die bei den Planungsbehörden fehlenden Stellen durch externe Werkverträge auszugleichen. Projektbezogen könne man - ähnlich wie bei der DEGES - Planungstätigkeiten extern vergeben.

Mehrheitlich beschließt der Ausschuss, die Öffentlichkeit von den nachfolgenden Beratungen auszuschließen.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:35 Uhr.

(Unterbrechung von 11:35 bis 11:40 Uhr)

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung wieder um 11:40 Uhr.

Abg. Hamerich regt an, über Probleme bei dem Weiterbau der A 20 informiert zu werden, bevor diese der Presse zu entnehmen seien.

Staatssekretär Dr. Nägele hebt die rechtlichen Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit Straßenbauprojekten hervor. Auf Anforderung sei die Landesregierung gern bereit, über einzelne Verfahren zu berichten. Der Weiterbau der A 20 - so führt Staatssekretär Dr. Nägele zum generellen Verfahren aus - sei kein Projekt im Zusammenhang mit den Verkehrsprojekten deutschen Einheit. Eine Förderung in diesem Zusammenhang sei nur bis Lübeck erfolgt. Aus diesem Grunde brauche man erhebliche politische Durchsetzungskraft, um Bund und Länder davon zu überzeugen, an dieser Stelle einen Sonderweg zu gehen. Ansonsten gebe es keine Finanzierungsmöglichkeit über die für Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden 2,8 % hinaus.

Auf die Anmerkung des Abg. Arp zur Schaffung von externen Werkverträgen führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass das Land die Mittel für Werkverträge in den letzten Jahren im Zuge des Stellenabbaus erheblich ausgeweitet habe. Allerdings sei es extrem schwierig, Planungsbüros zu finden, die die Aufgaben leisten könnten. Das Problem sei nicht Schleswig-Holstein-spezifisch. Im Zusammenhang mit der Personalstruktur bietet Staatssekretär Dr. Nägele an, im Wirtschaftsausschuss über die Struktur des LBV generell zu berichten. Dabei könne auch das Verhältnis der operativen zu den planerischen Kräften beleuchtet werden.

Abg. Dr. Breyer beantragt, über den ersten Absatz des CDU-Antrags, [Drucksache 18/1111](#) (neu) getrennt abzustimmen. Für den ersten Absatz stimmen die Fraktionen von CDU, FDP und PIRATEN. Gegen den ersten Absatz stimmen die Koalitionsfraktionen. Dem restlichen Antrag stimmen die Fraktionen von CDU und FDP zu, die Koalitionsfraktionen und die Fraktion der PIRATEN lehnen diesen ab. In der Gesamtabstimmung empfiehlt der Wirtschaftsausschuss dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP die Ablehnung des Antrags [Drucksache 18/1111](#).

Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt darüber hinaus dem Landtag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PIRATEN gegen die Stimmen der übrigen Oppositionsfraktionen, die aus [Umdruck 18/1900](#) ersichtliche Beschlussempfehlung zu übernehmen und ihr zuzustimmen.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Zukunft der Windmesse in Husum

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1129](#)

(überwiesen am 27. September 2013)

Auf eine Frage des Abg. Magnussen zum Stand der Kooperationsgespräche und die Beteiligung der Landesregierung daran führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass die Gespräche nach wie vor stattfinden. Der Unternehmensverband Nord sei als Gesprächspartner bei den Gesprächen dabei. Am 8. November 2013 finde ein weiteres Gespräch statt. Da es sich um die Auseinandersetzung zwischen zwei privaten Unternehmen handele, könne die Landesregierung nur tätig werden, wenn sie darum gebeten werde. Man sehe dem Gespräch am 8. November 2013 aber zuversichtlich entgegen.

Abg. Matthiessen unterstreicht, dass die Koalitionsfraktionen dem vorgelegten Antrag so nicht zustimmen können.

Der Ausschuss kommt überein, die weitere Beratung dieses Tagesordnungspunktes und die Abstimmung des Antrags auf eine der kommenden Sitzungen zu verschieben, da weiterer Beratungsbedarf bestehe. Staatssekretär Dr. Nägele bietet an, den Ausschuss zu diesem Termin auf den neuesten Informationsstand zu bringen.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Umsetzung und Zwischenbilanz des Bildungs- und Teilhabepakets im Zweiten Sozialgesetzbuch

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/697](#)

(überwiesen am 21. Juni 2013 an den **Sozialausschuss** und den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zu der regionalen Verteilung der Inanspruchnahme der Leistungen für Bildung oder zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben der Gemeinschaft führt Staatssekretär Müller-Beck aus, dass man generell im Bereich der Lernförderung noch Nachholbedarf sehe. Zusammen mit den Kommunalen Landesverbänden arbeite man an einer Prozessoptimierung. Die Mittel flössen regional unterschiedlich ab, jedoch seien bereits Verbesserungen zu beobachten. Im Vergleich zu einem Stadtstaat habe Schleswig-Holstein als Flächenland sehr unterschiedliche Mittelabflüsse. Nordfriesland sei zum Beispiel mit einer über dem landesweiten Durchschnitt von 60 % liegenden Ausschöpfung von 90 % durch ein Gutscheinsystem sehr erfolgreich.

Abg. Dr. Tietze weist auf den aus seiner Sicht betroffen machenden Bericht der Bürgerbeauftragten des Landes hin. Er plädiert dafür, bei den Kreisen darauf hinzuwirken, dass es gleiche Abrechnungssysteme gebe, um zum Beispiel dafür zu sorgen, dass Kinder am Sportunterricht teilnehmen könnten und Sportvereine unterstützt würden.

Der Ausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

Punkt 12 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende weist auf das mit der Deutschen Bahn geplante Gespräch hin und bittet die Fraktionen um Benennung von Themen. Zudem weist er auf den mit dem Verkehrsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft geplanten Termin für den 28. Januar 2014, um 17:00 Uhr, hin.

Der Vorsitzende, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer